



„Wer wenig im Leben hat, braucht viel im Recht!“

Eine Aktion der ERLACHER HÖHE

In Kürze soll der Deutsche Bundestag über Gesetzentwürfe beraten, die armen Bürger/innen den Zugang zu Sozialgerichten und zur Erlangung von Prozesskostenhilfe erschweren.

Wir appellieren an Bundesregierung und Abgeordnete des Bundestages im Hinblick auf die geplanten Verschärfungen: bitte verweigern Sie dem Ansinnen des Bundesrats Ihre Zustimmung! Denn:

- Die geplanten Gesetzesänderungen (BT-Drucksachen 16/1028 und 16/1994) widersprechen dem Rechtsstaatsgedanken unserer Verfassung in eklatanter Weise und verletzen Art. 3 Abs.1 und Art. 19 Abs. 4 GG, wonach jeder Bürgerin und jedem Bürger effektiver Rechtsschutz zu gewähren ist.
- Auch für Menschen, die am Existenzminimum (z.B. mit 345 € ALG II) leben müssen, darf Rechtsschutz keine Frage des Geldes sein!
- Es kann nicht sein, dass auf Kosten von armen Menschen öffentliche Haushalte, in diesem Fall von der Justiz, saniert werden.
- Würde beinhaltet das Recht, Rechte zu haben!

Name, Vorname	Anschrift	Unterschrift

Weitere Informationen: www.erlacher-hoehe.de

ERLACHER HÖHE, z. Hd. Fr. Ehrlinger, 71577 Großerlach
Bitte bis 15.9.2006 zurücksenden an: FAX 0 71 93/ 57-123